Aus dem Ortsgemeinderat

Am 12.12.2011 fand in Ormont, im Bürgerhaus, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Cornelius Dahm eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Ormont statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Vollzug Forstwirtschaftsplan 2011 sowie Forstwirtschaftsplan 2012 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Zunächst gab der Vertreter der Forstverwaltung einen Überblick über den aktuellen Vollzug des Forstwirtschaftsplanes 2011.

Anschließend wurde der Entwurf des Forstwirtschaftsplanes für das Jahr 2012 vorgestellt und im Detail erläutert.

Danach sind Einnahmen geplant in Höhe von 124.981 € und Ausgaben in Höhe von 110.958 € kalkuliert. Demnach wird ein Überschuss in Höhe von 14.023 € erwartet.

Beim Harvestereinsatz sollen die Anweisungen von Revierförster Klein befolgt werden, insbesondere bezüglich Holzabtransport.

Brennholz 2012:

Die Abgabemenge ist in diesem Jahr auf insgesamt 7 fm/Haushalt begrenzt. Es werden zwei Varianten angeboten:

- Das Brennholz wird vom Forstrevier eingeschlagen und lang an den Weg gerückt zum Preis von 45,00 €/fm
- Wie im Vorjahr werden in Abt. 2a (Baumkloshau) Rückegassen umgeschnitten und je nach Bedarf auch die Zwischenfelder durchforstet. Dieses Holz kann von Selbstwerbern zum Preis von 25,00 €/fm aufgearbeitet werden.

Das Holz darf nur für den Eigenbedarf verwendet werden.

Die Brennholzausschreibung sowie die Bestellung ist zwischenzeitlich schon erfolgt.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat den Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2012.

Prüfung der Eröffnungsbilanz; Hinzuziehung eines sachverständigen Dritten - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Nach § 13 Absatz 2 des Landesgesetzes zur Einführung der kommunalen Doppik (KomDoppikLG) sind die Bestimmungen der Gemeindeordnung (GemO) für die Prüfung der Eröffnungsbilanz sinngemäß anzuwenden. Damit ist der Rechnungsprüfungsausschuss berufen, die Eröffnungsbilanz zu prüfen, die dann anschließend vom Ortsgemeinderat festgestellt wird.

§ 112 Absatz 5 Satz 1 GemO ermächtigt den Rechnungsprüfungsausschuss sich mit Zustimmung des Rates sachverständiger Dritter als Prüfer zu bedienen.

Seitens der Verwaltung wird die Hinzuziehung sachverständiger Dritter zur Prüfung der Eröffnungsbilanz befürwortet, da es sich um eine komplexe, neue Materie handelt, mit der sich der Rechnungsprüfungsausschuss erstmals auseinandersetzen muss.

Die Kosten für diese Hinzuziehung werden sich lt. Preisanfragen auf ca. 1.300 € stellen.

Die Kommunalberatung Rheinland-Pfalz GmbH (Tochterunternehmen des Gemeinde- und Städtebundes) und die Wirtschaftsprüfer- u. Steuerberatungskanzlei Heinrichs & Partner, Bitburg,

haben sich in einer Informationsveranstaltung für die Ortsbürgermeister und Rechnungsprüfungsausschussvorsitzenden am 24.11.2011 vorgestellt und ihre Leistungen im Zusammenhang mit der Prüfung der Eröffnungsbilanzen und der Begleitung der Rechnungsprüfungsausschüsse dargelegt und erörtert.

Die Ortsbürgermeister und Rechnungsprüfungsausschussvorsitzenden sind einstimmig zur Auffassung gelangt, dass die Kommunalberatung Rheinland-Pfalz GmbH beauftragt werden soll, als sachverständiger Dritter die Rechnungsprüfungsausschüsse der Ortsgemeinden und der Zweckverbände bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz zu begleiten, damit eine einheitliche Vorgehensweise gewährleistet werden kann. Zudem wird empfohlen, die Mitglieder der Rechnungsprüfungsausschüsse der Ortsgemeinden und der Zweckverbände seitens der Kommunalberatung Rheinland-Pfalz in einem dreistündigen Vor-Ort-Seminar in Jünkerath zu schulen.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt die Prüfung der Eröffnungsbilanz durch den Rechnungsprüfungsausschuss unter Hinzuziehung sachverständiger Dritter vorzunehmen. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Vorgehensweise wird als sachverständiger Dritter die Kommunalberatung Rheinland-Pfalz GmbH mit der Begleitung der Prüfung der Eröffnungsbilanz beauftragt.

Zudem befürwortet der Rat die Schulung der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses durch die Kommunalberatung Rheinland-Pfalz GmbH in einem dreistündigen Vor-Ort-Seminar in Jünkerath.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Aufwendungen belaufen sich auf ca. 1.400 € und sind über den Haushalt 2012 zu finanzieren.

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2011 weist im Ergebnishaushalt Erträge in Höhe von 843.800 € und Aufwendungen in Höhe von 717.740 € aus, so dass ein Jahresüberschuss von 126.060 € erwartet wird.

Der Finanzhaushalt weist ordentliche Einzahlungen in Höhe von 842.800 € und ordentliche Auszahlungen von 621.340 € und somit ein Saldo von 221.460 € aus.

Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionen beläuft sich auf 20.900 €.

Die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit weisen ein Saldo von -242.360 € aus.

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sind nicht veranschlagt.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011.

Kommunal- und Verwaltungsreform - Antrag an den Verbandsgemeinderat

Sachverhalt:

Auf Grund des derzeitigen Informationsstandes der Bürgerinnen und Bürger, der Ortsgemeinderäte und des Verbandsgemeinderates zu den Fusionsverhandlungen zwischen den

Verbandsgemeinden Obere Kyll, Hillesheim und Gerolstein erscheint eine Entscheidung des Verbandsgemeinderates zur Zeit vollkommen verfrüht.

Eine Entscheidung von derartiger fundamentaler Bedeutung für die Bevölkerung an der Oberen Kyll sollte nicht ohne vorherige Anhörung aller Bürgerinnen und Bürger sowie aller Ortsgemeinden erfolgen. Insbesondere ist auch das Votum der Bürgerinnen und Bürger in den Ortsgemeinden Reuth, Ormont und Hallschlag in eine demokratische Entscheidung einzubeziehen.

Beschluss:

Daher erfolgt folgender Antrag an den Verbandsgemeinderat Obere Kyll:

Der Tagesordnungspunkt 13 der Sitzung des Verbandsgemeinderates am 15.12.2011 ist von der Tagesordnung abzusetzen. Eine Entscheidung zum Fusionsvertrag soll erst dann erfolgen, wenn in allen Ortsgemeinden eine umfassende Bürgerinformation stattgefunden hat und ein Votum der Ortsgemeinderäte vorliegt.

Aus der nichtöffentlichen Sitzung

In der nichtöffentlichen Sitzung wurde über eine Jagdangelegenheit beraten und beschlossen.